

12.04.2012

Planungssicherheit

BVA-Zuschüsse für Gemeinden bis 2017 verlängert

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat in ihrer jüngsten Sitzung die Basis- sowie die erste Zusatzzuwendung an lokale Behörden, die Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer (BVA) beschäftigen, genehmigt. »Trotz der schwierigen Haushaltslage haben wir die Punkteverteilung für diese wichtige Beschäftigungsmaßnahme ohne Kürzungen verlängert«, erklärte Beschäftigungsminister Oliver Paasch (ProDG). Damit habe man den Gemeinden Planungssicherheit für den Zeitraum vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2017 verschafft. Durch den entsprechenden Erlass wird den Gemeinden für die genannte Periode ein ihnen zustehendes Punktekontingent zuerkannt. Dieses stellt gewissermaßen ein Maximalbudget dar. Die damit einhergehenden Finanzmittel sind zweckgebunden und müssen für die Beschäftigung von Vollarbeitslosen eingesetzt werden. Das Maximalbudget beläuft sich auf insgesamt etwa 1,8 Millionen Euro jährlich, was für den gesamten Zeitraum einem Betrag von fast neun Millionen Euro entspricht.